



**DIE GRÜNEN im Regionalrat Köln
DIE GRÜNEN im Regionalrat Düsseldorf**

An die

**Vorsitzenden der Regionalräte Köln und
Düsseldorf und den Vorsitzenden des
Braunkohlenausschusses**

Köln, den 05.02.2019

**Antrag gem. § 11 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln zur gemeinsamen
Sondersitzung des Regionalräte Köln und Düsseldorf und des Braunkohlenaus-
schusses am 15. Februar 2019**

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,

für die gemeinsame Sitzung am 15. Februar 2019 bitten wir sie, folgenden Antrag in die
Tagesordnung mit aufzunehmen

**Resolution zum Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und
Beschäftigung“**

**Schritt für Schritt - keine baulichen Fakten schaffen - Zuerst die neue Leitentschei-
dung**

**Die Regionalräte Düsseldorf und Köln fordern die Landesregierung auf, in Gesprä-
chen mit dem Energieunternehmen sicherzustellen, dass bis zur neuen Leitentschei-
dung keine Fakten geschaffen werden, indem die Dörfer weiter zerstört werden. Ab-
rissgenehmigungen und Baumfällungen müssen umgehend ausgesetzt werden.**

Minister Pinkwart hat im Treffen der Mitglieder aus dem Europaparlament, dem Bundestag,
dem Landtag, der Mitglieder der Regionalräte und Bürgermeister des Rheinischen Reviers
am 02.02.2019 im Kreishaus in Bergheim angekündigt, dass eine neue Leitentscheidung
kommen wird auf Grundlage der Ergebnisse der Kommission für Wachstum, Strukturwan-
del und Beschäftigung.

Die Kommission aus Mitgliedern von Politik, Wirtschaft und Industrie, der Regionen und
Gewerkschaften, Umweltverbände und der Wissenschaft hat bei nur einer Gegenstimme
ihren Abschlussbericht beschlossen. Damit ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens gelun-
gen, den die Politik auf allen Ebenen unseres demokratischen Systems gefordert ist umzu-
setzen.

Die Kommission hat damit Eckpunkte vorgelegt, mit denen Deutschland das Pariser Klimaabkommen wahrscheinlich einhalten kann.

Es liegt somit ein konkreter Plan für den Ausstieg aus der Kohle vor, der kurzfristig die Abschaltungen von Kohlekraftwerken bedeutet.

Die Landesregierung ist gefordert, ein Energiekonzept zu erarbeiten, welches den Ergebnissen der Kommission entspricht, die Versorgungssicherheit des Industrielandes NRW gewährleistet und die Mittel für den Strukturwandel bereit stellt, damit für wegfallende Arbeitsplätze umgehend neue geschaffen werden können. Das Rheinische Revier bedarf einer bevorzugten Behandlung, damit die hereinbrechenden Herausforderungen zum Wohle aller gemeistert werden können.

Der Kompromiss sieht kurzfristig die Abschaltungen von Braunkohlekraftwerken im Rheinischen Revier in Höhe von 3.000 Megawatt bis 2022 und weitere Abschaltungen bis 2030 vor. Nach dem Auslaufen des Tagebaus Inden zum Ende des nächsten Jahrzehnts werden nur noch die drei BOA Kraftwerke im Netz verbleiben.

Logischerweise reduziert sich so die noch abzubauen Menge Braunkohle in erheblichem Umfang. Eine Studie des DIW bestätigt, dass die bisher zum Abbau vorgesehenen Kohlemengen nicht mehr benötigt werden

(https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.612236.de/diwkompakt_2019-131.pdf).

Die Kommission hat einvernehmlich aufgetragen, dass der Erhalt des Hambacher Waldes wünschenswert ist und die Zukunft der bisher zur Umsiedlung vorgesehenen Dörfer zeitnah zu klären ist.

Die Landesregierung wird kurzfristig mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt treten, so hat es Minister Pinkwart angekündigt.

Ein Erhalt des Hambacher Waldes und der umzusiedelnden Ortschaften im Rheinischen Revier ist somit möglich.

Eine schnelle Entscheidung der Landesregierung ist nötig, um allen Menschen im Rheinischen Revier die Unsicherheit ihrer Zukunft zu nehmen.

Den Menschen in den bisher zur Disposition stehenden Orten muss die Entscheidung überlassen werden umzusiedeln, oder die Widrigkeiten zum Teil verwaister Ortschaften und eines herannahenden Tagebaus zu ertragen.

Mit freundliche Grüßen
